

"Unternehmer können nicht Sozialhilfersatz bieten"

Autor(en): **Daum, Thomas / Bachmann, Monika / Walser, Brigitte**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **103 (2006)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840474>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Thomas Daum, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands

«Unternehmer können nicht Sozialhilfeersatz bieten»

Thomas Daum, der neue Arbeitgeberdirektor, sieht bei den Sozialversicherungen Reformbedarf und grenzt sich gegenüber sozialen Problemen ab: «Die Wirtschaft darf sich nicht noch mehr aufbürden», sagt er.

Herr Daum, Sie sind seit Anfang Juni Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Welches war Ihr bisheriges Highlight?

Da muss ich Sie enttäuschen, es gibt keines. Zwischen meiner alten und der neuen Aufgabe lag eine 14-stündige Pause, der Wechsel war fliegend.

Gab es denn umgekehrt ein Lowlight?

Das zum Glück auch nicht.

Aber Sie haben sich bereits starker Kritik ausgesetzt: Sie forderten, die Bezugsdauer bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) sei für Jugendliche von 400 auf 250 Tage zu kürzen.

Stimmt, nur lässt sich das schlecht in die Kategorie High- oder Lowlight einordnen. Kritisiert zu werden bezeichne ich nicht als Tiefschlag.

Hatten Sie mit dieser massiven Kritik gerechnet?

Sie hatte wohl auch mit einem sprachlichen Missverständnis zu tun. Ich sprach auf Französisch von «jeunes», meinte damit aber nicht Jugendliche, die eine Lehrstelle oder eine Stelle nach der Ausbildung suchen. Ich wollte auf jüngere Arbeitslose hinweisen, die bereits einmal eine Stelle hatten.

Arbeitslose unter 25 Jahren beziehen durchschnittlich weniger als 250 Tage Arbeitslosengeld, daher liesse sich mit Ihrem Vorschlag kaum Geld sparen. Versuchen Sie trotzdem, auf diese Weise die ALV zu sanieren, ohne die Beiträge erhöhen zu müssen?

Es geht mir nicht in erster Linie um den Spareffekt, der wäre tatsächlich klein. Anlass für meinen Vorschlag war, dass die ALV eventuell nächstes Jahr jene Grenze der Verschuldung erreicht, die gesetzliche Massnahmen zur Erhöhung der Beiträge nötig macht. Bei dieser Gelegenheit soll auch über Leistungskorrekturen diskutiert werden.

Sie halten also an Ihrem Kürzungsvorschlag fest?

Ich bin noch immer überzeugt, dass man ihn diskutieren und prüfen muss. Auch wenn die Situation bis jetzt nicht ausgenützt wurde, stellt sich die Frage, ob unser aktuelles System die betreffenden Arbeitslosen nicht verführt, auf die Taggelder zu vertrauen, statt dass sie alles daran setzen, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden.

Also eine präventive Massnahme?

Vorläufig schon. Bei Sozialversicherungen gilt es immer wieder zu prüfen, ob das System noch auf die Probleme zugeschnitten ist, die damit zu lösen sind. Das gilt auch für die ALV, wobei ich zu einer gut funktionierenden ALV stehe.

Reduziert die ALV ihre Leistungen, dürfte dies zulasten der Sozialhilfe gehen.

Es darf nicht darum gehen, sich gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben. Vielmehr ist nüchtern zu prüfen, wer für was zuständig ist. Ist es wirklich Aufgabe der ALV, auch in jenen Fällen Taggelder zu offerieren, die nicht auf eigentliche Arbeitsmarktprobleme zurückgehen?

Sondern?

Auf soziale Probleme, Probleme der ungenügenden Ausbildung. Ist es richtig, dass Arbeitgebende und Arbeitnehmende, die ja die ALV zum allergrössten Teil finanzieren, die Kosten für die Lösung solcher gesellschaftlicher Probleme tragen müssen? In der Schweiz haben wir schon jetzt sehr hohe Arbeitskosten, wir dürfen uns nicht noch mehr aufbürden, sonst katapultieren wir uns aus dem Markt.

Damit grenzen Sie sich von allen Problemen ab, die nicht direkt mit dem Arbeitsmarkt zu tun haben. Die Sozialhilfe muss sich aber gerade mit diesen befassen, um die Betroffenen wieder in den Arbeitsmarkt zurückzuführen. Ohne die Mithilfe der Arbeitgeber ist das schwierig.

Sozialhilfe ist nicht nur finanzielle Hilfe, sondern genauso persönliche Betreuung, bis die Betroffenen wieder auf eigenen Beinen stehen. Diesen Part können nicht in erster Linie die Arbeitgeber übernehmen. Sie können auch nicht mehr im selben Mass als sozialer Puffer einspringen wie früher. Ich kenne viele Arbeitgeber, die jahrelang Menschen beschäftigten, obwohl diese die eigentlich geforderte Leistung nicht erbringen konnten. Doch der Kostendruck ist viel grösser geworden, womit auch solche «Nischen-Arbeitsplätze» nicht

ZUR PERSON

Thomas Daum ist seit dem 1. Juni Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Der 57-jährige Jurist war zuvor Direktor bei Swissmem, dem Branchenverband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie und während 14 Jahren Gemeindepräsident von Stäfa. Er ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

mehr in gleicher Zahl angeboten werden können.

Wie können denn Arbeitgeber ihre soziale Verantwortung wahrnehmen?

Indem sie Beschäftigung schaffen. Das gelingt ihnen aber nur, wenn ihre Arbeitsplätze konkurrenzfähig sind, sonst sind sie mittelfristig gefährdet. Von Unternehmern zu verlangen, dass sie über ihre Leistungsfähigkeit hinaus Sozialhilfersatz bieten, das ist falsch.

Die Wirtschaft erlebt zurzeit einen Aufschwung. Weshalb sind Sie trotzdem gegen die Forderung der Gewerkschaften, die Löhne um vier Prozent zu erhöhen?

Wir kritisieren nicht die Forderung nach Lohnerhöhung an sich. Aber generell vier Prozent zu verlangen, ist volkswirtschaftlicher Unsinn. Statt die Löhne zu erhöhen, wäre in manchen Fällen eine einmalige Entschädigung die bessere Möglichkeit, den Erfolg an die Arbeitnehmer weiterzugeben. Denn Lohnerhöhungen lösen künftige Mehrkosten aus, und wenn die Arbeitskosten zu hoch sind, werden die Arbeitsplätze wegrationalisiert oder ins Ausland verlagert.

Sie sehen also keine Möglichkeit, Leute im Arbeitsmarkt zu integrieren, die nicht voll leistungsfähig sind?

Es ist schwieriger als früher. Aber ich wehre mich dagegen zu resignieren. Denn wir dürfen nicht akzeptieren, dass eine ganze Gruppe keinen aktiven Beitrag mehr an die Gesellschaft leisten kann. Ich habe wenige Menschen kennen gelernt, denen es nichts ausmacht, keine Arbeit zu haben und von der Sozialhilfe zu leben. Zustände wie in gewissen Ländern, wo die Arbeitslosenquote über Jahrzehnte hinweg bei 20 Prozent liegt, wo die Arbeitslosigkeit sozusagen über Generationen weitergegeben wird, sind für mich schreckliche Vorstellungen.

Mit einer Arbeitslosenquote von drei Prozent sind wir davon weit entfernt.

Ökonomen sprechen bei Werten von zwei bis drei Prozent gar von Vollbeschäftigung, ja.

Sie sagen, wir würden kaum mehr unter eine Quote von zwei Prozent kommen.

Weil meines Erachtens die strukturelle Arbeitslosigkeit leicht zunimmt. Wenn aber die Dauer der Arbeitslosigkeit kurz ist, die Stellensuchenden sich rasch wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern können und die ALV die Existenz sichert, dann sind diese zwei Prozent erträglich.

Allerdings haben 10 000 Jugendliche keine Lehrstelle oder Anschlusslösung nach der obligatorischen Schulzeit.

Wir leisten bei den Firmen Überzeugungsarbeit, damit sie ausbilden. Letztendlich aber müssen die Unternehmer die Lehrstellen anbieten, wir können sie als Verband nicht zwingen. Die Lücke von 10 000 Lehrstellen ist allerdings nicht real, es handelt sich teilweise um eine Präferenzlücke: Die Jugendlichen finden nicht immer jene Lehrstelle, die sie wünschen. Vielleicht müssten sie sich flexibler zeigen. Ab 2008 wird sich das Problem wegen der schwächeren Jahrgänge entschärfen.

Was halten Sie von staatlichen Prämien für Unternehmen, die Lehrstellen schaffen?

Nichts. Wenn der Staat Geld einsetzt, dann für die Information und Beratung der Betriebe oder für die Förderung von Lehrverbänden und ähnlichen Strukturen. Viele Firmen können nämlich allein keine umfassende Ausbildung mehr anbieten.

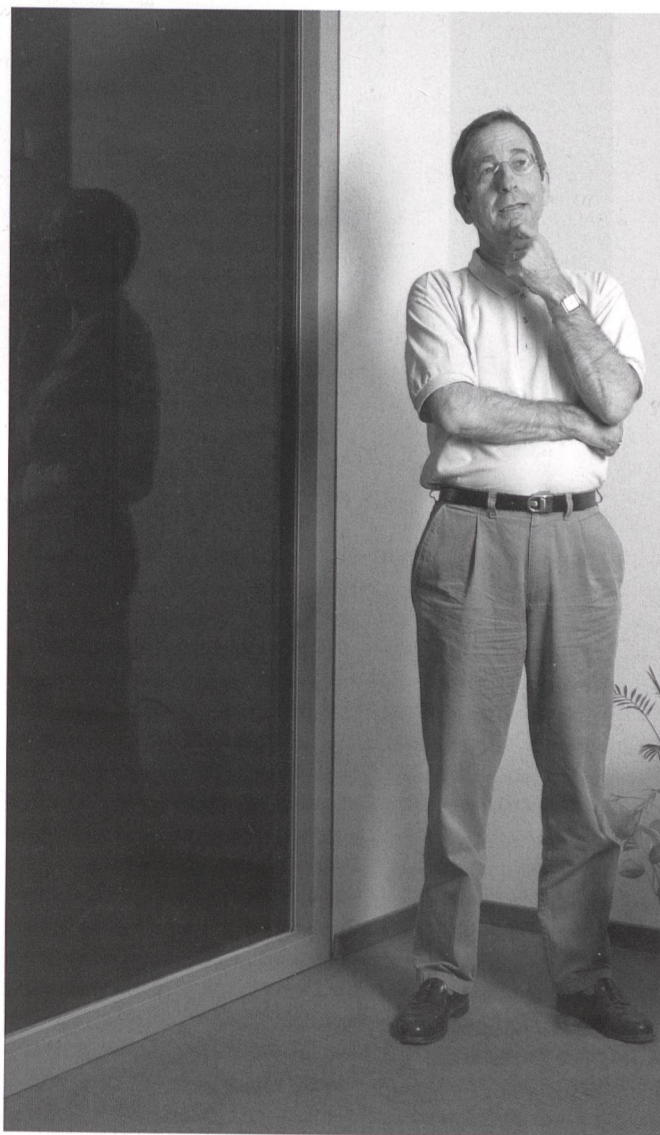
Sie sind FDP-Mitglied, Ihr Sohn politisiert in der SP. Gab es am Familientisch jeweils heftige Diskussionen?

Die hat es schon gegeben. Aber ich bin liberal und versuche das in allen Gebieten zu sein. Wenn also mein Sohn oder eine andere Person nicht die gleiche Meinung hat wie ich, dann ist das in Ordnung. Mir wird es erst dann unheimlich, wenn jemand be-

«Wir dürfen nicht akzeptieren, dass eine ganze Gruppe keinen aktiven Beitrag mehr an die Gesellschaft leisten kann.»

hauptet, er habe zu 100 Prozent recht. Mir genügt es völlig, in – sagen wir – 70 Prozent der Fälle recht zu haben ...

**Gesprächsführung
Monika Bachmann
Brigitte Walser**



«Verführt unser System eine Gruppe von Arbeitslosen? Diese Frage muss man diskutieren»: Thomas Daum

Bild: Mischa Scherrer